

# Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonntage.  
Abonnementpreis 1,00 Mark pro  
Quartal egl. Bestellgeld. Bestel-  
lungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition,  
Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate  
pro biergehaltene Zeile 60 Pf.;  
für Verbandmitglieder 40 Pf.;  
Stellenangebote 40 Pf. Beram-  
lungsangelegenheiten 20 Pf. Beirat-  
angelegenheiten der Beträg beizufügen.

Nr. 8.

Berlin, den 20. Februar 1916.

32. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Vorstandes.

1. Zur Beachtung für alle, die Gelder an die Verbandskasse zu senden haben:

Die Verbandskasse hat ein Postcheckkonto beim Postcheckamt, Berlin NW. 7, das unter der Nr. 23210 Eugen Hauelsen, Hauptkassierer des Deutschen Buchbinderverbandes, Berlin S. 59, geführt wird.

Man benutze für alle Geldsendungen an die Verbandskasse deshalb blaue Zahlkarten, also keine Postanweisungen, und gebe darauf oben angegebene Nummer und Adresse an. Porto ist dabei nicht zu bezahlen. 10 blaue Zahlkarten kosten 5 Pf. Zahlkarten mit Vordruck können auch vom Verbandsvorstand bezogen werden.

Man vergesse nie auf dem Abchnitt der Zahlkarte zu vermerken, für was die Gelder bestimmt sind.

2. Von der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ können die bisher zur Agitation gesandten Exemplare nun nicht mehr geliefert werden. Außer den von den Gauen und Zahlstellen abonnierten Exemplaren wird von der Nummer 4 ab nur die Anzahl gesandt, die in unserer Bekanntmachung in Nummer 2 der „Buchbinder-Zeitung“ als auf Rechnung der Verbandskasse gehend zugefagt wurde. Eine der Frauenzeitungen ist für die Bibliothek und die übrigen sind für agitatorisch tätige weibliche Mitglieder am Orte bestimmt.

Die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ empfehlen wir allen Mitgliedern zum Abonnement. Sie ist für die weiblichen und auch für die männlichen Mitglieder sowie für die Frauen und Töchter der letzteren gleich lesenswert und kostet pro Quartal 20 Pfennige. Sie erscheint alle 14 Tage und wird durch Vermittlung der Organisation geliefert.

Die Gau- und Ortsverwaltungen wollen Bestellungen entgegennehmen und an uns weitergeben. Zufassung der bestellten Frauenzeitungen erfolgt immer mit der „Buchbinder-Zeitung“. Für den Eingang der Abonnementbeträge sind die Gau- und Ortsverwaltungen haftbar.

Der Vorstand.

## Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1914.

Mit Ausbruch des Krieges im Jahre 1914 fanden die wirtschaftlichen Kämpfe einen unerwarteten Abschluß. Von den Vorständen der Zentralverbände wurde der Abbruch aller Lohnbewegungen und Streiks als selbstverständlich angesehen. Etwas später trafen die Vorstände in einer Konferenz eine Vereinbarung, nach der mehr als sonst versucht werden müsse, Differenzen durch Verhandlungen beizulegen und Angriffstreiks nur in dringenden Fällen zu genehmigen seien. Trotzdem waren Kämpfe nicht ganz zu vermeiden, verschiedene mußten sich die Arbeiter gegen eine beschlossene Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch die Unternehmer wehren. Immerhin ist die Zahl

der Streiks und Aussperrungen mit Kriegsausbruch bis Ende des Jahres 1914 sehr gering. Die amtliche Streikstatistik verzeichnet 24 Streiks mit 1126 streikenden Personen, und zwar 17 Angriff- und 7 Abwehrstreiks. Nun liegt auch die Statistik über die der Generalkommission angeschlossenen Verbände vor. Diese Statistik berichtet über 16 Kämpfe, die nach Kriegsausbruch bis Ende 1914 entstanden, an denen 1065 Personen beteiligt waren. Von diesen Kämpfen waren 5 Angriffstreiks, 9 Abwehrstreiks und 2 Aussperrungen. Es handelt sich bei diesen von zwei verschiedenen Seiten gemachten Angaben jedoch nicht um die gleichen statistisch erfaßten Kämpfe. Mitbin ist die Zahl der wirtschaftlichen Kämpfe in den ersten fünf Kriegsmonaten erheblich größer, als sie durch die eine oder andere Statistik ausgewiesen ist. Nur zwei von den in der gewerkschaftlichen Statistik verzeichneten Kämpfen könnten, verglichen nach dem Ort und der Gewerbebranche, auch von der amtlichen Statistik erfaßt worden sein. Darunter befindet sich auch eine Aussperrung in einer Papierfabrik zu Düsseldorf, die, was besonders bemerkenswert ist, in der amtlichen Statistik als ein — Angriffstreik erscheint. Dieser Fall beweist aufs neue, daß eine Streikstatistik, die sich einseitig auf die Befindungen der Unternehmer aufbaut, keine wissenschaftlich einwandfreie Uebersicht über die wirtschaftlichen Kämpfe geben kann.

Da im Jahre 1914 in der Hauptsache nur sieben Monate für die Führung wirtschaftlicher Bewegungen und Kämpfe in Betracht kommen, so stehen diese nach Zahl und Umfang natürlich weit hinter den Ergebnissen der früheren Jahre zurück. Vergleiche der Zahlen des Berichtsjahres mit denen der Vorjahre sind deshalb nicht angängig.

Es fanden insgesamt statt 4866 Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung, an denen 363.040 Personen beteiligt waren. Das Jahr 1913 weist dagegen 9072 Bewegungen mit 1.214.523 Beteiligten auf. Die gesamten Bewegungen des Jahres 1914 erstreckten sich auf 5355 Orte und wurden davon 26.248 Betriebe mit 603.420 darin beschäftigten Personen betroffen. Es endeten von den Bewegungen 3460 mit 204.935 Beteiligten erfolgreich, 843 mit 100.253 Beteiligten teilweise erfolgreich und 554 mit 55.991 Beteiligten erfolglos. Von 9 Kämpfen blieb der Ausgang unbekannt. Durch die Bewegungen erzielten insgesamt 297.600 Personen einen Erfolg durch eine Verbesserung oder durch die Abwehr einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Es wurde erreicht für 50.827 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von zusammen 130.186 Stunden pro Woche und für 195.293 Personen eine Lohnhöhung von insgesamt 860.818 Mk. pro Woche. Sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen wurden für 402.496 Personen erzielt. Abgewehrt wurde für 7294 Personen eine beabsichtigte Arbeitszeitverlängerung von insgesamt 23.721 Stunden und für 29.274 Personen eine Lohnföhrung von insgesamt 78.893 Mk. pro Woche. Für 30.492 Personen konnten sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zurückgewiesen werden. 713 Personen mußten sich eine Arbeitszeitverlängerung von insgesamt 2972 Stunden, 1298 eine Lohnföhrung von insgesamt 4391 Mk. pro Woche und 498 sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen gefallen lassen. Tarifverträge wurden im Anschluß an diese Kämpfe in 1978 Fällen für 146.307 Personen abgeschlossen. Die gesamten Ausgaben für die Kämpfe betragen 4.907.877 Mk. Von den 4866 Bewegungen wurden: 3457 = 71 Proz. mit 266.359 Beteiligten auf fried-

lichem Wege erledigt. Von diesen Bewegungen hatten 2650 mit 160.075 Beteiligten einen vollen und 647 mit 83.303 Beteiligten einen teilweisen Erfolg. 160 Bewegungen mit 22.981 Beteiligten blieben erfolglos. In 2712 Fällen handelte es sich um eine Angriff- und in 745 Fällen um eine Abwehrbewegung. In 1409 Fällen = 29 Proz. kam es zu Arbeitseinstellungen, von denen insgesamt 96.681 Personen, darunter 11.179 weibliche, betroffen wurden. Von diesen Kämpfen waren 776 = 55,1 Proz. Angriffstreiks, 517 = 33,7 Proz. Abwehrstreiks und 116 = 8,2 Proz. Aussperrungen. Während sich der Anteil der Streiks an den Gesamtkämpfen gegen das Vorjahr um 4,8 bzw. 3,4 Proz. erhöhte, ging der der Aussperrungen von 16,1 auf 8,2 Proz. zurück. Von den an der Arbeitseinstellung beteiligten Personen kamen 38.946 auf die Angriffstreiks, 29.823 auf die Abwehrstreiks und 27.912 auf die Aussperrungen. Gemessen an der Zahl der Fälle waren die Aussperrungen erheblich umfangreicher als die Streiks. Von den 1409 Kämpfen endeten 810 = 57,5 Proz. mit 44.800 Beteiligten erfolgreich, 196 = 13,9 Proz. mit 16.350 Beteiligten teilweise erfolgreich und 394 = 28 Proz. mit 33.010 Beteiligten erfolglos. Der Ausgang der Kämpfe ist erheblich ungünstiger als 1913, wo nur 19,5 Proz. derselben erfolglos blieben, während 63,8 Prozent erfolgreich und 16,6 Proz. teilweise erfolgreich waren. Das ungünstigere Verhältnis im Jahre 1914 ist auf den Kriegsausbruch zurückzuführen. Es mußten damit 122 Kämpfe resultatlos abgebrochen werden, die im weiteren Verlaufe wohl zum erheblichen Teile noch zu einem Erfolge geführt hätten. Es erforderten die Kämpfe eine Ausgabe von 4.738.473 Mark. An den Kämpfen des Jahres 1914 war das Baugewerbe am hervorragendsten beteiligt. Nachdem folgt die Holzindustrie, die Metallindustrie. Erwähnung verdient eine Aussperrung in der Lausitzer Textilindustrie, von der der Textilarbeiterverband mit 15.325 Personen betroffen wurde. Veranlassung zu dieser Aussperrung war ein Angriffstreik in Dorf. Die Aussperrung währte 13 Tage und fand durch den Ausbruch des Krieges einen für die Arbeiter erfolglosen Abschluß. Im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl waren die Verbände der Steinarbeiter und Steinseher in umfangreiche Kämpfe verwickelt.

Wie in den früheren Jahren, so entfällt auch im Jahre 1914 der erhebliche Teil der Erfolge auf die friedlich verlaufenen Bewegungen. Es hatten durch die Kämpfe insgesamt 62.994 Personen einen Erfolg. Es wurde erreicht für 3052 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von insgesamt 24.760 Stunden pro Woche, für 33.332 Personen eine Lohnhöhung von insgesamt 73.857 Mk. pro Woche und für 21.257 Personen eine sonstige Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Abgewehrt wurde für 1132 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von insgesamt 4120 Stunden pro Woche, für 12.338 Personen eine Lohnföhrung von insgesamt 29.338 Mk. pro Woche und für 17.760 Personen eine sonstige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. In 354 Fällen kam es zum Abschluß von Tarifverträgen für zusammen 25.454 Personen.

Der Krieg hat manche Anschauungen über den Aufbau gewordener und insbesondere den gewerkschaftlichen Organisationen, ihren Bestrebungen, ihrer Fürsorge für die Notleidenden, ihrer Disziplinierung der Arbeiterschaft, ihrer kulturfördernden Tätigkeit, Anerkennung von fast allen Streifen in der Staatsorganisation gebracht. Mit dieser Anerkennung werden jedoch die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen Arbeitern

und Arbeitern nicht aufgehoben. Sie werden fort bestehen. Der Ausweg dieser Gegenstände muß jedoch nicht notwendigerweise in der gleichen Form und mit den gleichen Typen sich vollziehen, als es bisher geschehen ist. Voraussetzung ist, daß den Gewerkschaften ein Mitbestimmungsrecht beim Abschluß des Arbeitsvertrages eingeräumt wird und das Koalitionsrecht der Arbeiter in den Reichs- und Staatsbetrieben volle Anerkennung findet. Für die Gewerkschaften ist diese Anerkennung unbedingt erforderlich. Wird sie ihnen nicht auf Grund der Erfahrungen, die man mit ihnen während der Kriegszeit gemacht hat, zuteil, so müssen sich die Gewerkschaften diese Anerkennung in der gleichen Weise wie bisher zu erkämpfen suchen.

**Zum Ablauf des Dreifädeltarifs.**

Der Vorstand des Verbandes Deutscher Buchbindereibereiter hat auf die Eingabe unseres Verbandsvorstandes unterm 9. Februar die weitere Antwort gegeben, daß er zu seinem Bedauern nicht in der Lage sei, einen Zuschlag auf Auftragsarbeiten im Sinne unserer Anfrage zu bewilligen. Er begründet das damit, daß aus den Lohnaufstellungen der verschiedenen Firmen hervorgehe, daß die gezahlten Wochenlöhne in unserem Gewerbe bei voller Arbeitszeit auch bei den heutigen Verhältnissen immer noch auskömmliche und zum Teil auch höhere sind, als sie von Arbeitern in verschiedenen anderen Gewerben verdient werden können. Außerdem weist der Vorstand des Arbeitgeberverbandes auf die schon bei früheren Gelegenheiten hervorgehobenen Schwierigkeiten der Arbeitgeber hin, die trotz der verringerten Arbeit weiterlaufenden Spesen aufzubringen und den Betrieb aufrechtzuerhalten. Betreffs der Zeitlöhne ist jedoch der Arbeitgeberverband bereit, entgegenzukommen zu bezeugen, doch kann er erst einen endgültigen Bescheid geben, nachdem er sich mit seinen übrigen Verbandsmitgliedern verständigt hat.

Wir verkennen durchaus nicht die schwierige Lage vieler unserer Arbeitgeber, allein in das hohe Lied von den auch unter den heutigen Verhältnissen auskömmlichen Löhnen vermögen wir ebensowenig einzustimmen, als uns die Behauptung zu eigen zu machen, daß sie höhere sind, als sie in verschiedenen anderen Gewerben verdient werden können. Zur Erhaltung derartiger allgemeiner Behauptungen sollte man doch mindestens bestimmte Angaben über die ins Auge gefaßten Gewerbe machen, damit man eine Nachprüfung vornehmen kann. Aber selbst bei einer einwandfreien Beweisführung, die jedoch noch nicht gegeben ist, kommt es auch nicht so sehr darauf an, daß in einigen anderen Gewerben noch niedrigere Löhne gezahlt werden, als vielmehr auf den Nachweis, daß unsere Wünsche unbeschädigt unter den heutigen Verhältnissen seien. Dafür fehlt aber eben sowohl der Nachweis, weil über die Lohnaufstellungen des V. D. B. nichts mitgeteilt worden ist und sie daher einer Nachprüfung nicht unterzogen werden können.

Zunächst wird abzuwarten sein, was der V. D. B. weiter über die Zeitlöhne mitteilen und was die von uns beantragte gemeinschaftliche Sitzung mit dem Vorstand des V. D. B. ergeben wird.

Unter Hinweis auf die an anderer Stelle dieses Blattes mitgeteilten Preiserhöhungen des Verbandes Deutscher Buchbindereibereiter möchten wir aber auch hier nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß es bei allem Willen möglich sein wird, die durch höhere Löhne bewirkten Preiserhöhungen unserer Gewerbeerzeugnisse auf die Mundschicht bzw. auf die Konsumenten umzulegen, so daß das Einkommen der Unternehmer dadurch keine Einbuße zu erleiden braucht.

**Aus unserem Bernf.**

**Preiserhöhungen des Verbandes Deutscher Buchbindereibereiter.** Wie die „Zeitschrift für Deutschlands Buchbinder“ mitteilt, hat der V. D. B. in seiner Vorstandssitzung vom 1. Februar d. J. folgendes beschlossen:

„Vom 15. Februar ab muß infolge der weiteren Steigerung der Materialpreise ein weiterer Preisaufschlag von durchschnittlich 20 Proz. für Buchbinderarbeiten verlangt werden, je nach den Preiserhöhungen, welche die zur Verwendung kommenden Materialien erfahren haben.“

Arbeiten, bei denen Materialien verwendet werden, die besonders stark im Preise gestiegen sind, bedingen einen entsprechend höheren Zuschlag.

Gegen Preiserhöhungen aus den angegebenen Gründen lassen sich Einwendungen nicht erheben, abgesehen von der Berechtigung der Höhe der Zuschläge des eigenen Interesses enthalten müssen, weil uns die Steigerung der Materialpreise nicht so bekannt ist als den Unternehmern, die sie zu bezahlen haben. Eins müssen wir aber immer wieder dabei betonen: Weshalb sollten derartige Preiserhöhungen für Buchbinderarbeiten nicht möglich sein, wenn es sich um eine doch so unentgeltbare Besserung der Arbeitskraft handelt, wie sie die Kriegsumstände mit sich

gebracht haben? Der wichtigste Bestandteil jeglicher Gütererzeugung ist und bleibt doch immer die menschliche Arbeitskraft, somit ist ihre ungeschwächte Erhaltung durch Gewährung auskömmlicher Löhne eine nach jeder Seite hin gerechtfertigte Forderung, auf deren Berücksichtigung wir daher auch gegenüber dem V. D. B. Anspruch erheben können.

**Preiserhöhung für Kartonnagen.** Der Schutzverband Berliner Kartonnagenfabrikanten hatte Ende Januar ein Rundschreiben an seine Mundschicht verfaßt, in dem er infolge der fortgesetzten Preissteigerungen auf Rohmaterialien für Glacécartons die Preise um 20 Proz. erhöhte. Als darauf eine abermalige Preissteigerung für Pappen erfolgte, erhöhte auch der Schutzverband seine Preise auf Verkaufskartonnagen um 20 Proz., und zwar mit sofortiger Wirkung.

Auch auf diese Preiserhöhung möchten wir das Augenmerk weisen, was wir bezüglich der Preiserhöhungen des Verbandes Deutscher Buchbindereibereiter geschrieben haben: Vergesse! bei den Preiserhöhungen der verteuerten Lebenshaltung eurer Arbeiter nicht!

**Arbeitslosenstatistik.** An der für den Monat Januar für das Statistische Amt erfolgten Aufnahme über den Umfang der Arbeitslosigkeit haben sich die Verwaltungen der Reichsstellen in Frankfurt a. O., Freiburg i. Br., Hildesheim, M. Gladbach und Muhl a wieder nicht beteiligt. Diese fünf Reichsstellen mit zusammen 61 männlichen und 28 weiblichen Mitgliedern sind daher in dem nachstehend geschilderten Ergebnis der Aufnahme nicht miteinbezogen.

In den an der Berichterstattung beteiligten 114 Gauen und Reichsstellen mit zusammen 6170 männlichen und 10620 weiblichen, insgesamt 16790 Mitgliedern waren an dem für die Erhebung in Betracht kommenden Stichtag, dem 29. Januar, 115 männliche und 940 weibliche am Ort befindliche, sowie 3 durchreisende, insgesamt also 1058 arbeitslose Mitglieder vorhanden.

Prozentual berechnet kamen auf je 100 Mitglieder bei den männlichen 1,9, bei den weiblichen 8,9 und bei beiden zusammen 6,3 Arbeitslose, was gegenüber dem Vormonat mit 6,2 Arbeitslosen pro 100 Mitglieder — 2,3 bei den männlichen und 8,6 bei den weiblichen — für erstere eine Besserung, für letztere dagegen wieder eine geringe Verschlechterung im Umfang der Arbeitslosigkeit bedeutet. Folgende Zusammenstellung zeigt die Entwicklung der Arbeitslosigkeit unter unseren Mitgliedern vor und während der Dauer des Krieges:

Monat	Arbeitslose Mitglieder an (insgesamt) Stichtag am Ende n. auf der Karte befindlich)		Arbeitslose auf je 100 Mitglieder					
	m.	w.	1915	1914	1913			
Januar	810	2181	2,091	7,5	17,4	12,8	3,4	3,2
Februar	478	1694	2172	4,6	13,6	9,6	3,5	3,2
März	337	1464	1801	3,5	11,9	8,2	3,0	2,7
April	338	1677	2060	4,4	14,2	10,0	2,9	3,0
Mai	343	1718	2061	4,2	14,9	10,4	2,9	3,0
Juni	302	1742	2044	3,8	13,8	10,6	3,5	3,2
Juli	220	1713	1938	3,0	15,7	10,7	3,7	3,5
August	202	1592	1794	2,7	14,4	9,7	30,9	3,7
September	167	1489	1656	2,5	13,9	9,5	34,1	3,0
Oktober	148	1335	1483	2,2	12,2	8,4	24,0	2,3
November	109	1191	1300	1,6	10,9	7,4	17,2	2,0
Dezember	144	906	1050	2,3	8,6	6,2	13,8	3,2
					4916		1915	1914
Januar	118	940	1058	1,9	8,9	6,3	12,8	3,4

Zum Jahresdienst sind im Monat Januar 62 Mitglieder eingezogen. Insgesamt sind seit Beginn des Krieges 7943 Mitglieder zum Jahresdienst abgemeldet, von diesen sind inzwischen 288 als entlassen wieder zurückgemeldet, so daß einschließlich der 489 Mitglieder, die schon vor Beginn des Krieges aktiv dienten, nun 8144 unserer Mitglieder im Felde stehen, von denen bisher 466 als gefallen in der Ehrentafel der „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlicht sind.

**Bremen.** Wie sind hier anderen Städten gefolgt und haben um Teuerungszulagen in einem zweiten Schreiben nachgesucht. Das erstmal war es im Mai 1915 und jetzt im Januar 1916. Wir haben diesmal einen schönen Erfolg erzielt, indem die größten Firmen am Orte Zulagen gewährt haben. Und zwar für Gehilfen 1,50 bis 2,50 Mf. und für Arbeiterinnen 1 Mf. pro Woche. In Frage kommen hierbei 21 Gehilfen und 15 Arbeiterinnen, wovon 15 Gehilfen bzw. 6 Arbeiterinnen organisiert sind. Die betreffenden Firmen sind: Daniel Schab, Ludwig Würth, Martin Lehmann und Nikolaus.

**Befreiung der Lehrlinge vom Besuch der Pflichtfortbildungsschule** hat die Berliner Buchbinder-Zinnung beim Magistrat während der Dauer des Krieges beantragt, weil ein Mangel an Gehilfen vorhanden sei. Wir wünschen, daß sich die Hoff-

nung der Zinnung auf Gewährung ihres Gesuches nicht erfüllt, denn der Fortbildungsschulunterricht ist etwas sehr Wichtiges für unsere angehenden Kollegen und außerdem steht das Verlangen der Zinnung durchaus im Widerspruch mit deren Programm: der beruflichen Hebung des ganzen Gewerbes. Die Arbeitervertreter im Berliner Stadtparlament mögen das Jähre tun, um das unbedingte Verlangen der Zinnung hinsichtlich zu machen.

**Ein rubiges Plätzchen zum Sterben** sucht ein fleißiger schwindfüchtiger Buchbinder. Aber das ist auch in dem so oft gepriesenen Lande der Sozialreform nicht so leicht zu finden. Nicht, keine Heimat, will ihn nicht haben, da er seit 13 Jahren dort weg ist, in Lüneburg wohnt er erst seit dreierhalb Jahren, ist also noch nicht heimatreuerhaft. Ein Antrag an die Verordnungsamtlich Mecklenburg ist abgelehnt worden mit der Begründung, daß Mehrkosten entstehen würden. Als Landesarm wird er wohl im hiesigen Armenhaus, wenn die Blätter fallen, die Augen schließen. Invalidentgelt bezieht er, auch noch Krankengeld. Ein Tag ist ihm sogar unangenehm als Strafe abgezogen worden, weil er seine Ausgehzeit nicht auf die Minute eingehalten hatte. Ja, wenn man immer neben bleiben muß, wenn man zehn Schritte gegangen ist, kann das wohl mal vorkommen. Im August hört das Krankengeld auf, von den 19 Mark Invalidentente im Monat kann er nicht leben, als Einlogierer will schon längst niemand mehr den Schwindfüchtigen haben. Jetzt hat man ihm eine Kammer in der Berberge zur Deputat verschafft, dann muß man ihm wohl ein Plätzchen zum Sterben im Armenhause gönnen. Wie heißt es in dem Arbeiterliede?

Und wenn ich Jahr für Jahr entbehre,  
Geiztoren und mich schlecht genährt,  
Um alle zu bezahlen,  
Was hab ich, wenn ich schwach und alt,  
Gedankt zur traurigsten Gestalt,  
Alsdann von all den Qualen?

„Lüneburger Volkszeitung“, Juli 1915.  
Von unserem Verbands erhält der Kollege vom 1. Februar 1916 ab 20 Mf. pro Monat Anwartschaftsunterstützung. Möge sie dazu beitragen, sein hartes Los erträglich zu gestalten.

**Für unsere Krieger und ihre Angehörigen.**

**Kriegsbeschädigtenfürsorge des Kriegsaussschusses für das deutsche Papierfach.** Der „Kriegsaussschuss“ beschädigte sich in seiner Sitzung am 30. Januar mit der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Wir geben die Verhandlungen unter nach dem offiziellen Bericht des Kriegsaussschusses wieder und machen besonders auf die Ausführungen des Herrn Dr. Hageberg aufmerksam, der den Standpunkt des Schutzverbandes Deutscher Steindruckereibereiter auch hier rückhaltlos vertrat, der jedes Zusammenarbeiten mit dem Gehilfenverband selbst in dieser Sache ablehnt. Der Bericht lautet:

Der Vergamann erstattet einen ausführlichen Bericht über die Bestimmungen der gesetzlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge und über die Vorbereitung er-gänzender Maßnahmen der öffentlichen und privaten Fürsorgefähigkeit, wobei insbesondere der Tätigkeit des am 16. September 1915 gegründeten Reichsaussschusses für Kriegsbeschädigtenfürsorge und der von der Stadt Berlin ins Leben gerufenen Erkundigung gedacht wird. Als Ziel der öffentlichen und privaten Fürsorgefähigkeit seien in Betracht zu ziehen:

1. die mögliche Ausheilung und Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit der Kriegsbeschädigten;
2. die Berufsberatung;
3. die Anlernung zum neuen Berufe, falls die frühere Tätigkeit nicht mehr aufgenommen werden kann;
4. die Arbeitsbeschaffung und Arbeitsvermittlung;
5. die fürsorgereichen Bestrebungen für dauernd erwerbsunfähige Kriegsbeschädigte und ihre Angehörigen.

Unter diesen fünf Punkten sei besonders wichtig die Arbeitsbeschaffung und Arbeitsvermittlung. Für die Kriegsbeschädigtenfürsorge seien vor allem die Berufsvereinigungen als geeignete Organe bezeichnet worden. Die Papierverarbeitungs-Berufsvereinigungen hätte sich bereitgestellt, sich, soweit irgendmöglich, mit dieser Fürsorge zu befassen, sich aber außerdem erklart, sich mit der Arbeitsbeschaffung und Arbeitsvermittlung zu beschäftigen, so daß es wohl in erster Linie die freien Vertretungen der einzelnen Industrien seien, die hier einzutreten hätten. Er sei vom Vorstand der Papierverarbeitungs-Berufsvereinigungen gebeten worden, die Frage der Arbeitsbeschaffung und Arbeitsvermittlung im Kriegsaussschuss für das deutsche Papierfach zur Sprache zu bringen, was hiermit geschieht.

Soweit der Kriegsaussschuss für das deutsche Papierfach in Betracht kommt, werden von verschiedenen Seiten Bedenken erhoben, teils weil man eine Zersplitterung der Kriegsbeschädigtenfürsorge befürchtet,

dann aber auch, weil man in das eigentliche Arbeitsgebiet der vorhandenen Arbeitgeberverbände eingreifen würde, was nur zu unerwünschten Streitigkeiten führen könnte. Die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände hat, wie Herr Dr. Hagelberg mitteilt, an etwa 50 000 Stellen (Feld- und Heimatlazarette, Flappenstationen, Kasernen, Bureaus der Militärbehörden) bereits ein Plakat versandt, welches die Kriegsbeschädigten auffordert, sich zunächst bei ihren alten Arbeitgebern um eine Stelle zu bewerben. In dem erwähnten Aufruf erachtet es die Vereinigung für selbstverständlich, daß die Gewährung der gesetzlichen Militärrente mit der Lohnfrage nichts zu tun hat, im übrigen aber die Entlohnung nach der Leistung zu erfolgen hat. Ein Kriegsbeschädigter, der in seinem Beruf vollständig erwerbsfähig ist oder wird, soll also Anspruch auf die volle erwerbssübliche Entlohnung haben. Der Schutzbund Deutscher Steindruckereibeiger hat seine Mitglieder aufgefordert, sich der Kriegsbeschädigten in jeder Beziehung anzunehmen; aber er hat es abgelehnt, während des Krieges mit dem Schutzbund eine gemeinsame Regelung der Kriegsbeschädigtenfürsorge in Angriff zu nehmen, weil er sich auf den Standpunkt stellt, daß Fragen, wie die geforderte Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises und eines Schiedsgerichts zwischen einem Arbeitgeberverband und einer Gewerkschaft in der gegenwärtigen Zeit des Bürgerkriegs nicht entschieden werden sollten. Herr Dr. Hagelberg warnt deshalb auch dringend vor einem Eingreifen des Kriegsausschusses für das deutsche Papierfach.

Herr Widiger empfiehlt, sich auf eine Aufforderung an die dem Kriegsausschuß angeschlossenen Vereine zu beschränken, daß sie allen ihren Mitgliedern nahelegen, die Kriegsverstärkten, soweit irgend angängig, wieder einzustellen.

Von anderer Seite wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß es ja innerhalb des Papier- und Druckgewerbes noch verschiedene Zweige gibt, für welche zurzeit noch keine Arbeitgeberverbände bestehen, für die also der Kriegsausschuß für das deutsche Papierfach eintreten könnte, ohne das Arbeitsgebiete der vorhandenen Arbeitgeberverbände zu stören.

Herr Bergmann spricht die Vermutung aus, daß möglicherweise ein gesetzlicher Zwang zur Mitarbeit der Industrienverbände eintreten werde.

Auf Antrag des Herrn Direktor Kraemer wird beschlossen, zunächst abzuwarten, ob ein Zwang seitens der Behörden sich geltend machen wird oder nicht.

**Rebel über einen Krieg mit Rußland.**

Ich habe für den Fall eines Angriffskrieges gegen Deutschland und dessen Folgen in einem Artikel über die russische Anleihe gesagt: Wir sind Deutsche so gut wie die Herren von der Regierung. . . Der deutsche Boden, das deutsche Vaterland gehört uns, den Russen, ebenjogut und mehr wie jenen. Greif Rußland, der Hort der Grausamkeit und Barbarei, der Feind aller menschlichen Kultur, Deutschland an, um es zu zerstören und zu vernichten, und das kann nur der Zweck eines solchen Krieges sein, so sind wir so gut und mehr interessiert wie diejenigen, die an der Spitze Deutschlands stehen, und werden dem entgegen-treten. Ich habe dann hinzugefügt, daß, wenn wir alsdann Seite an Seite mit jenen, die heute unsere Gegner sind, kämpfen, wir es tun, nicht um sie und ihre Staats- und Gesellschaftsordnung zu retten, sondern um Deutschland, d. h. uns selbst zu retten und unseren Boden von einem Barbaren zu befreien, welcher der größte Feind unserer Vorkämpfer ist, und dessen Sieg unsere Niederlage als Sozialdemokratie bedeute. Rebel, Erfurt 1891.

**Disziplin.**

Es ist erahnlich, daß man hier ein so geringes Gefühl für die Parteidisziplin hat. Ich bin ja sozusagen im Parteileben aufgewachsen, ich habe sie mit der Muttermilch eingeatmet, und aus früherer Kindheit klingt es mir in den Ohren aus dem Munde meines Vaters: Eins ist not: Disziplin! Die Disziplin ist der Stolz der deutschen Sozialdemokratie! Ohne Disziplin kein erfolgreicher politischer Kampf!

Liebsteht der Jüngere 1910 auf dem Magdeburger Parteitag.

**Demagogie.**

Ich merke, daß es, um sich bei Menschen beliebt zu machen, kein besseres Mittel gibt, als sich vor ihren Augen mit ihren Neigungen zu schmücken, in ihre Grundtöne einzugehen, ihre Fehler zu beschönigen, und allem, was sie tun, Beifall zu ertönen. . .

Die Mächtigen sind gerade der Schmeichelei gegenüber die allerberubendsten, und es gibt nichts so Abgeschmacktes, nichts so Lächerliches, das sie nicht hinunterzuschlucken, wenn es mit Lobeserhebungen gehörig gewürzt ist. Kollere.

**Internationales.**

**Oesterreich.** Wie wir der „Einigkeit“ entnehmen, findet am 21. Februar eine große Versammlung unserer Wiener Kollegen statt, die sich mit dem Ablauf des Tarifs für die Wiener Buchbindereien befassen wird. In einem begleitenden Leitartikel erklärt die „Einigkeit“ es für eine platte Selbstverständlichkeit, daß die gesteigerten Preise aller notwendigsten Lebensmittel eine entsprechende Lohnaufbesserung erfordern. Die „Pflicht der Selbsterhaltung“ erfordert daher eine Erhöhung der vertraglichen Löhne, eine Meinung, der wir nur voll beistimmen können. Wir werden später weiter über die Lohnbewegung unserer Wiener Kollegen berichten und wünschen ihnen besten Erfolg zu ihrem Unternehmen.

**Korrespondenzen.**

**Greifsb.** Am 30. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Zum Geschäftsbericht gab Kollege Bauer folgendes zur Kenntnis: Es haben stattgefunden 1 Generalversammlung, 3 Vorstandssitzungen, 1 Mitgliederversammlung und 1 Werkstübensprechung. Außerdem sind die Kollegen Bauer und Busch nach St. Louis gefahren, um die Weibnachtspende den Kollegen auszugeben, die ich ergrünnt darüber waren, daß von Seiten des Verbandes und der Lokalfasse zu etwas gemacht wurde, wogegen die christliche Organisation nichts getan habe. Der Mitgliederbestand im 4. Quartal war folgender: 88 männliche, 9 weibliche, zusammen 97 Mitglieder. Bauer betonte zugleich, es wäre nicht ausgeschlossen, daß in kurzer Zeit die Zahlstelle noch kleiner werden könnte, dann müßten die Mitglieder erst recht zusammengehalten. Den Jahresbericht gab Kollege Busch. Die Verbandssasse hatte eine Einnahme von 527,55 Mark, eine Ausgabe von 424,92 Mk., somit am 31. Dezember einen Bestand von 102,63 Mk. Die Lokalfasse verzeichnete an Einnahme und Bestand 909,63 Mk., an Ausgabe 211,61 Mk., bleibt Bestand für das 1. Quartal 1916 678,02 Mk. Kollege Hofer beantragte als Revisor, dem Kassierer Entlastung zu erteilen, was auch geschah. Bauer, Vorstandsber., Busch, Kassierer, Höfer, Schriftführer, Dunfer, Weißer, wurden per Affirmation einstimmig wiedergewählt. Als Kartellbelegierte wurden Bauer und Lehmann gewählt und das Schiedsgericht und die Tarifkommission wurden durch Hofer und Lehmann ergänzt. Unter „Verdientenes“ lag nur ein Antrag des Kollegen Lehmann betreffs Einführung des Sozialkassengeldes vor; derselbe wurde auch angenommen.

**Rundschau.**

**Wohenschau.** Nach tapferer, zäher Verteidigung hat die Kameruner Schutztruppe den überlegenen Feinden das Feld räumen und auf spanisches Gebiet übertreten müssen. Die Eroberung der deutschen Kolonien hat natürlich nur den Zweck, dem unerschütterlichen England neue Gebiete anzugliedern. Es ist damit nur den Traditionen, die es von je besaß hat und von denen die Spanier, Holländer und Franzosen, denen die Engländer den größten Teil ihrer früheren Kolonien geraubt haben, ein Lied singen können.

Auf dem Balkan drängen die Oesterreicher immer weiter vor. Tirana, nicht weit von Durazzo, ist in ihre Hände gefallen. Ob die Italiener Durazzo noch lange werden halten können, ist zweifelhaft. Das gleiche trifft auf Balona zu. Es ist daher durchaus glaubhaft, wenn in immer verstärktem Maße von dem Abflauen der Kriegsstimmung in Italien geschrieben wird, zumal die Oesterreicher auch sonst den Italienern vielen Schaden zufügen, so erst in den letzten Tagen durch die Luftbombardements von Ravenna, Gubbio und Savanello. Die Reise Friedlands nach Rom hat augenscheinlich den Zweck, die Kriegsstimmung aufs neue zu beleben, jedoch Vankette der Minister sind keine überzeugenden Mittel gegen den Kostand des leidenden Volkes und kein Ersatz für die fehlenden Siege. Die Franzosen und Engländer in Saloniki sollen in den letzten Tagen gegen die bulgarische Grenze vorgerückt sein.

In Ostgalizien haben erbitterte Kämpfe bei Ternopol stattgefunden. Jergendwelchen Gewinn haben die Russen nicht dadurch erzielt.

Auf dem westlichen Kriegsschauplatz hält die lebhaftere Geschehnistätigkeit an, ohne daß es zu entscheidenden Kämpfen gekommen ist. Vlle wurde mehrfach von den Engländern beschossen.

Eine Verschärfung des Seekrieges kündigen übereinstimmende Notizen der deutschen und österreichisch-ungarischen Regierung an infolge der Bewaffnung der feindlichen Handelschiffe, die den Zweck hat, die deutschen Unterseeboote zu vernichten. Verbmann Hollweg hat einem amerikanischen Pressevertreter gegenüber erklärt, daß Deutschland auf keinen Fall die Waife seiner Unterseeboote stumpf machen lassen dürfe durch unerfüllbare Forderungen der amerikanischen Regierung. Letztere scheint auch sehr einzusehen, daß es nicht angängig ist, nur an Deutschland und seine Verbündeten derartige Forderungen

zu stellen, den Vierverband aber schalten und walten zu lassen, wie es ihm beliebt. Sie soll deswegen das Verlangen an den Vierverband gestellt haben, die Bewaffnung seiner Handelschiffe einzustellen, anderenfalls würde die amerikanische Regierung sie als Kriegsschiffe ansehen und ihnen nur den für diese zulässigen Aufenthalt in amerikanischen Häfen gewähren. Außerdem sieht eine Warnung an die eigenen Bürger in Aussicht, keine bewaffneten Handelschiffe zu fahren zu benutzen. Der „Lufitania“-Fall soll wieder einmal so gut als beigelegt sein.

Deutsche Torpedoboote versenken den englischen Kreuzer „Arabis“ bei der berühmten Doggerbank und noch einen weiteren Kreuzer, dessen Name unbekannt ist. An der spürlichen Mitter wurde das französische Linienchiff „Suffren“ durch ein deutsches U-Boot versenkt.

**Für den Kleinwohnungsbau** hat die Generalkommission der Gewerkschaften eine Petition an das preussische Abgeordnetenhaus gerichtet, in der sie einleitend darauf hinweist, daß aller Voraussicht nach besonders in den Industriezentren die Wohnungsnot nach dem Kriege einen beachtlichen Umfang annehmen wird. Es wird daher rechtzeitig dafür gesorgt werden, daß man dieser Not durch geeignete Maßnahmen begegne. Sie richtet daher die dringende Bitte an das Abgeordnetenhaus, bei der Regierung dahin vorstellig zu werden, daß sie

1. unwezüglich den Entwurf eines Gesetzes einbringt, das Vorschriften über Baugelände, Baupolizei und Bemessung der Gebäude enthält, eine umfassende Wohnungsamtlich vorrichtet, sowie die Förderung des Baues von Kleinwohnungen zu gemeinnützigen Zwecken vorzieht;

2. daß sie das Kleinwohnungsweien durch Vergabe von Darlehen zu mäßigem Zinssfuß an Gemeinden, Gemeinverbände, Baugenossenschaften usw., sowie an private Arbeitgeber und Bauunternehmer fördert, die sich unter Einhaltung der Grundzüge der Gemeinnützigkeit zur Errichtung von Kleinwohnungen mit Hilfe dieser Darlehen verpflichten.

Die Generalkommission fügt dem noch hinzu:

Durch diese Maßnahmen glauben wir ebenso zur Beseitigung des Mangels an kleinen Wohnungen und der mit der Wohnungsnot verbundenen sittlichen, gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gefahren, wie zur Hebung des Baugewerbes beizutragen.

Für notwendig halten wir ferner eine staatliche Unterstützung solcher Gemeinden, welche den Kriegsteilnehmern bzw. den betreffenden Hausbesitzern Mietbeiträge gewährt haben und weiter gewähren, sowie eine Staatsbeihilfe für die Abbüdung der während des Krieges gesundeten Mietsen bzw. Hypothekenzinsen der heimkehrenden bedürftigen oder schwach bemittelten Krieger, unter Mitwirkung der Gemeinde.

Viele preussische Gemeinden haben in Form von Mietunterstützungen an die Angehörigen von Kriegerefamilien große Lasten auf sich genommen, die ihnen erleichtert zu helfen ebenso eine Ehrenpflicht des Staates ist wie die Unterstützung der heimkehrenden Krieger zur Abbüdung ihrer während des Krieges entstandenen Mietschulden. Die meisten von ihnen werden auf Jahre hinaus von dieser Last bedrückt werden, wenn ihnen nicht seitens der Allgemeinheit die Hilfe zuteil wird, auf die sie für die dem Vaterlande geleisteten Dienste mit Recht Anspruch erheben können.

Endlich halten wir es für notwendig, daß die geschickenden Faktoren mit allen Mitteln die Schaffung von städtischen Pfandbriefanstalten für zweite Hypotheken fördern. Wir denken uns solche Anstalten als gemeinnützige Einrichtungen mit Gemeinbürgerschaft aller Hausbesitzer. Gerade die Beschaffung zweiter Hypotheken wird nach dem Kriege ungeheuren Schwierigkeiten begegnen. Wenn zweite Hypotheken überhaupt von privater Seite gegeben werden, so wird der Zinsfuß in der Regel ein so hoher sein, daß schon allein dadurch die Wohnungsmieten ganz wesentlich verteuert werden müssen.

Unter Zurückdrängung unserer sonstigen weitergehenden Forderungen auf dem Gebiete der Wohnungsgesetzgebung beschränken wir uns auf diese Punkte, die uns zurzeit als die dringendsten und notwendigsten er scheinen.

Damit hat die Generalkommission wieder einmal bewiesen, daß sie tatkräftig praktische Arbeiterpolitik treibt. Möge sie damit den verdienten Erfolg haben.

**Resultatlose Tarifverhandlungen im Baugewerbe** haben sich dadurch ergeben, daß die Unternehmer nur Stundenlohnserhöhungen von 3 Pf. für Orte bis zu 5000 Einwohnern, für Orte mit neunmündiger Arbeitszeit 5 Pf. und für Orte mit mehr als neunmündiger Arbeitszeit nur 4 Pf. bewilligen wollten. Darauf erklärten die Arbeitervertreter aller Gewerkschaftsrichtungen, daß sie dies Angebot nicht bei ihren Mitgliedern vertreten könnten, daß sie aber zu weiterer Verhandlung gern bereit seien, sobald dies von irgendeiner Seite gewünscht würde.

**Amerikanisches.** Amerika ist bekanntlich „das Land der unbegrenzten Möglichkeiten“. Manchmal können einem diese Möglichkeiten allerdings hart auf die Nerven fallen. So teilt der „Korrespondent“ mit, daß die Geschäftsleitung der sozialistischen „New Yorker Volkszeitung“ nach der „Deutsch-Amerikanischen Buchdrucker-Zeitung“ verfuhr, ihre Buchdrucker mit dem verfallenen Taylor-System zu beglücken, indem sie von ihnen Buchführung über jede Arbeitszeit von 10 Minuten verlangte. Dabei trägt die „New Yorker Volkszeitung“ an ihrem Stofse das Motto „Den Interessen des arbeitenden Volkes gewidmet“. Gleichzeitig erinnert der „Korrespondent“ daran, daß die in deutscher Sprache gedruckte „New Yorker Volkszeitung“ eine bodenlose Verbeugung der deutschen Volksgenossen gegen Deutschland betreibt — was wir übrigens bestätigen können —, und als der „Korrespondent“ dies mit Recht als himmelschreiend bezeichneter, entzog ihm das „Arbeiterblatt“ das seit Jahrzehnten gewährte Freieigentum.

Ein deutscher Kollege, der seit einigen Jahren in den Vereinigten Staaten verweilt und der der fleißigste Korrespondent ist, den die „Buchbinder-Zeitung“ jemals gehabt hat, sendet uns seit Jahren regelmäßig amerikanische Arbeiterblätter zu, unter denen sich eine erkleckliche Anzahl deutschsprachige befinden. Es ist unglaublich, was die Mehrzahl dieser Blätter an Haß gegen ihr früheres Vaterland aufbringen. Da hält beispielsweise in einer großen Anzahl von Städten eine Frau Alexandra Kollantay „aus Berlin“, die sich selbst als Mitarbeiterin der „Neuen Zeit“ und der „Gleichheit“ und noch anderer Organe der deutschen Sozialdemokratie bezeichnet, Schreien gegen Deutschland und gegen die deutsche Sozialdemokratie. Sie wird von den deutsch-amerikanischen Blättern im Witz gebracht und als genaue Kennerin der deutschen Parteiverhältnisse geschildert, obgleich sie Rußin aus „böhmischer Familie“ sei. Wer kennt jedoch die Dame hier in Deutschland? So werden die ausländischen Parteigenossen eingeleitet, weshalb man sich nicht über ihre tiefsten Urteile zu wundern braucht.

Die amerikanischen Sozialisten, die es infolge ihrer Ungechlichkeit und ihres ewigen inneren Parteihaders noch zu feinerlet in dem kapi-

alistischsten aller Länder gebracht haben, unterbreiteten dem amerikanischen Kongress eine „Friedens“-Resolution, an deren Spitze die Forderung steht: „Rückziehung der Truppen aus den besetzten Gebieten“ und weiter „Volksabstimmung in Elßah-Vorbringen, in Finnland und Polen über die zukünftige Staatszugehörigkeit oder Unabhängigkeit dieser Länder.“ Solch eine blödsinnige Forderung: „Rückziehung der Truppen aus den besetzten Gebieten“ — und dann erst Friedensverhandlungen! Warum übrigens bloß Volksabstimmung in Elßah-Vorbringen, Finnland und Polen? Warum nicht auch in Alger, Tunis, Marokko, Tripolis, Irland, Ägypten und Indien sowie in den vielen unterjochten Ländern Rußlands? Gott bewahre uns vor solcher Sorte von „Friedensfreunden“! Das „Zentralorgan“ der deutschen Sozialdemokratie, der „Vorwärts“, druckt einen solchen Unsinn ab, ohne ein Wort der Kritik dazu zu sagen, obgleich das gegenüber den Annexionsgelüsten der französischen Sozialisten doch bitter notwendig wäre.

### Adressenänderungen.

**Adressen der Bevollmächtigten und der Kassierer.**

B. = Bevollmächtigter.

K. = Kassierer (in einzelnen Fällen auch Unterstützungsausgeber).

**Altenburg:** B. F. Nänike, Kanalstr. 5. K. H. Lehmann, Mauerstr. 4b 1.

**Brandenburg:** B. G. Regenstejn, Sieberstraße 21. K. E. Serbed, Fohrberrstr. 20.

**Heilbronn:** B.: J. Koh, Heilbronn-Vödingen, Friedr. 11 l. K.: Fritz Diem, Göttingenstr. 22.

### Briefkasten.

**J. S. im Felde.** Was ich allerdings vorausahnte, ist eingetroffen. Ihr Brief wurde nur in so verkürzter Form zur Veröffentlichung zugelassen, daß der Abdruck unterbleiben muß. Zweifellos hatten Sie militärische Angelegenheiten berührt, deren Veröffentlichung Schaden verursachen konnte. Ich meinerseits fürchte sachliche Gegenmeinungen durchaus nicht und wollte Ihren Brief voll zur Veröffentlichung bringen.

## Ehren-Tafel für unsere im Kampf fürs Vaterland gefallenen Kollegen.

Am 25. September 1915 fiel bei Loos unser Kollege

### Otto Jäger

geboren am 16. November 1890 in Löbau, eingetreten in unsern Verband am 15. November 1911 in Dresden und bis zuletzt Mitglied ebenfalls in Dresden.

Am 27. Dezember 1915 starb in einem Lazarett in Slavonien unser Kollege

### Rudolf Kaiser

geboren am 16. November 1887 in Warnsdorf, eingetreten in unsern Verband am 24. April 1906 und bis zuletzt Mitglied in Dresden.

Am 19. Dezember 1915 fiel bei Ypern unser Kollege

### Alfred Schieritz

geboren am 30. September 1892 in Dresden, eingetreten in unsern Verband am 6. April 1911 und bis zuletzt Mitglied ebenfalls in Dresden.

Im Januar 1916 fiel in Frankreich unser Kollege

### Karl Künschner

geboren am 13. Mai 1891 in Dresden, eingetreten in unsern Verband am 12. August 1911 und bis zuletzt Mitglied in Dresden.

Am 30. Oktober 1914 fiel bei Ypern unser Kollege

### Max Thomas

geboren am 18. Januar 1891 in Dresden, eingetreten in unsern Verband am 23. Oktober 1911 und bis zuletzt Mitglied ebenfalls in Dresden.

Am 19. Dezember 1915 fiel bei Bellewaarde-Ferne unser Kollege

### Karl Brändle

geboren am 2. Januar 1894 in Wadnang, eingetreten in unsern Verband am 1. Juni 1912 und bis zuletzt Mitglied in Stuttgart.

Am 22. Januar 1916 starb im Lazarett in Saarbrücken infolge einer schweren Verwundung, die er durch Minenprengung erlitt, unser Kollege

### Walter Graupner

geboren am 16. April 1895 in Zwickau, eingetreten in unsern Verband am 4. Mai 1912 in Leipzig und bis zuletzt Mitglied in Zwickau.

Am 18. November 1915 starb im Lazarett zu Mesnil in Frankreich unser Kollege

### Kurt Tirschmann

geboren am 4. Februar 1895 in Niederlungwitz (Sachsen), eingetreten in unsern Verband am 26. Juli 1912 in Annaberg-Buchholz und bis zuletzt Mitglied in Chemnitz.

Am 23. November 1915 starb im Lazarett in Luesnay in Frankreich infolge eines Brustschusses unser Kollege

### Karl Döhler

geboren am 26. September 1886 in Dresden, eingetreten in unsern Verband am 31. Januar 1913 und bis zuletzt Mitglied in Chemnitz.

Anfang Januar 1916 fiel bei Lille unser Kollege

### Walter Smogro

geboren am 20. Mai 1892 in Leipzig, eingetreten in unsern Verband am 19. März 1910 in Würzen und bis zuletzt Mitglied ebenfalls in Würzen.

Den Opfern der Kämpfe um den Frieden  
Deutschlands  
ein ehrendes Andenken!



## Anzeigen



## Zahlstelle Berlin

Montag, den 28. Februar 1916, abends 8 Uhr, im Saal 1  
des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15

# Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Rassenbericht vom Jahre 1915.
2. Wahlen und Bestätigung der Funktionäre.
3. Verbandsangelegenheiten.
4. Verschiedenes.

Die Versammlung wird pünktlich 1/29 Uhr eröffnet. Zahlreichen Besuch erwartet  
Die Ortsverwaltung.

Unserem Kollegen und Mitarbeiter

## Karl Grimm

zu seinem am 23. Februar d. J. stattfindenden  
**25jährigen Geschäftsjubiläum**  
die besten Glückwünsche!

Das Personal der Buchbinderei von Auer & Co.,  
(„Hamburger Schö“) Hamburg.

## Zahlstelle Dresden.

Todes-Anzeige.

Nach ganz kurzem Kranklager verstarb  
infolge einer Operation am 9. Februar unser  
langjähriges Mitglied, Frau

### Friederike Kaps

im 60. Lebensjahre.

Am 10. Februar verstarb unser Mitglied,  
der Buchbinder

### Rudolf Barth

im Alter von 24 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Der Vorstand.

**Schmierseife** weiße 36,— M. v. Zentner  
gelbe 39,—  
**Selbepulver** 21,— M. v. Zentner. Nur v. Zentner  
Nachnahme ab Hamburg. Muster 50 Pf.

Wittger, Leipzig, Rochlitzstr. 32.